

piratenpartei Zentralschweiz

Wahlprogramm für die Nationalratswahlen 2015

Piratenversammlung 28. Juli 2015

Unsere Überzeugungen und Grundhaltungen:

Wir sind humanistisch: Wir stellen den Menschen mit seinen individuellen Bedürfnissen ins Zentrum. Jeder Mensch soll ermächtigt werden, sich frei zu entfalten, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft und Politik teilzuhaben. Wir kämpfen gegen Ausgrenzung, Stigmatisierung und Diskriminierung – und für eine gute Bildung, die Werte der Aufklärung, starke Grundrechte, Menschenwürde und ein respektvolles Miteinander.

Wir sind liberal: Ein freiheitlicher Staat setzt auf die Entscheidungskompetenz seiner Bürger. Eine liberale Gesellschaft hat Platz für eine Vielfalt an Lebensentwürfen. Der Staat soll für faire Rahmenbedingungen sorgen, so dass alle nach Glück (welcher Art auch immer) streben können. Eine Aufweichung von rechtsstaatlichen Prinzipien kommt für uns nicht in Frage. Eingriffe des Staates in die Rechte der Bürger sind äusserst zurückhaltend einzusetzen. Die Aufgabe des Staates ist es, die Freiheit seiner Bürger zu schützen, nicht sie zu beschränken. Wir kämpfen gegen Bevormundung, Überwachung, Bürokratie und Regulierungswut – und für die persönliche Freiheit.

Wir sind progressiv: Wir begrüssen den Fortschritt. Wir sind überzeugt, dass Wissenschaft und Technik zum Vorteil von uns allen eingesetzt werden können. Die Politik hat die Aufgabe, diese Chancen zu erkennen, die richtigen Schlüsse aus wissenschaftlichen Erkenntnissen zu ziehen, Innovation zu ermöglichen, und mit neuen Lösungen entstehende Nachteile abzuwenden. Die gesamte Gesellschaft und auch die nachfolgenden Generationen sollen profitieren können. Es nützt nichts, sich an alten Gesetzen, Strukturen und Grenzen festzuklammern. Als Partei der Informationsgesellschaft kämpfen wir für mehr Mut zur Veränderung!

Unsere Kernthemen:

Privatsphäre schützen: Die wachsende Überwachung und Datensammelwut zeugt von



einem Misstrauen gegenüber den Bürgern. Diesen Paternalismus und die Tendenz zur Generalverdächtigung bekämpfen wir. Wir halten das Grundrecht auf Privatsphäre hoch und setzen Vertrauen in mündige Bürger. Wir brauchen nicht mehr Überwachung, sondern mehr Zivilcourage. Der Polizei und den Ermittlungsbehörden müssen klare Grenzen gesetzt werden. Wir fordern daher die Ausweitung des Postgeheimnisses zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis. So müssen die Vorratsdatenspeicherung abgeschafft, sowie der Staatstrojaner und die Kabelaufklärung verhindert werden. Der eidgenössische Datenschutzbeauftragte muss mit deutlich mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden sowie mit der Kompetenz, Bussen auszusprechen.

Mehr Freiheit, weniger Verbote: Wir sind freie mündige Bürger, die ihren Verstand gebrauchen, ihre Interessen vertreten, Verantwortung übernehmen, aber auch Rücksicht auf andere nehmen. Wir lehnen Regulierung ab, die dazu dient, überkommene Geschäftsmodelle und altertümliche Moralvorstellungen aufrecht zu erhalten. Regeln sollen klar und verständlich sein, keine Menschen bevorzugen oder benachteiligen und keine Schlupflöcher enthalten. Überholte Verbote und Gebote sind zügig abzuschaffen.

Menschenrechte verteidigen: Die Menschenrechte sind die unabdingbare Basis unserer Freiheit und dürfen keinesfalls eingeschränkt oder auch nur in Frage gestellt werden. Wir begrüßen die Durchsetzung von Menschenrechten durch internationale Gerichte und ihre zeitgemässe Auslegung. Wir fordern die aktive Verfolgung von Kiregsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit unbesehen des weltpolitischen Status der Verdächtigen und ihre Beurteilung durch unabhängige internationale Gerichte.

Staat und Politik transparent machen: Die Bürger haben ein Anrecht darauf zu wissen, was der Staat macht, und aus welchen Gründen. Der Zugang zu amtlichen Dokumenten muss vereinfacht und der freie Zugang zu Daten der öffentlichen Hand, auch bekannt als Open Data, vorangetrieben werden. Das Parlament und die Parteien müssen sich an internationale Transparenzstandards halten. Politikerbestechung darf nicht weiter legal bleiben.

Informations- und Medienfreiheit durchsetzen: Der freie Fluss von Informationen ist im Informationszeitalter ausschlaggebend für den kulturellen Fortschritt. Unter dem Deckmantel der Kriminalitätsbekämpfung tritt der Staat immer mehr als Zensurbehörde auf. Zivil- und Strafrechtliche Probleme mit Inhalten sind beim Urheber und erst sekundär beim Speicherort, aber niemals durch Netzsperrern, Linkverbote oder Suchmaschinenzensur zu lösen. Die Netzneutralität muss auch gegenüber wirtschaftlichen Partikularinteressen verteidigt werden. Wir lehnen Verbote und Zensur von Computer games, Filmen und Büchern wegen Gewaltdarstellung, rauer Sprache und Pornographie mit Einwilligung ab. Die Jugend soll durch Prävention geschützt werden.



Fairen, freien Markt gestalten: Der freie Markt darf nicht länger durch Patente, Monopole, Korruption, Marktabschottungen und Subventionen beschränkt oder verhindert werden. Patente auf Software, Gene und Trivialitäten sollen abgeschafft und Lizenzen zu fairen Bedingungen Pflicht werden. Parallelimporte sollen uneingeschränkt zugelassen werden. Wir wollen einen innovativen Markt, der mit einfachen, fairen Regeln spielt. Auch die Verwendung von freien Standards fördert dies.

Kultur und Wissen befreien: Das heutige Urheberrecht ist für das Informationszeitalter gänzlich ungeeignet und gehört deshalb reformiert. Wir wollen die Schutzfristen deutlich reduzieren. Sharing und Remixing sind Kulturtechniken, die legalisiert werden sollen. Sie gehören zu einer freien, lebendigen Kultur. Das nicht-gewerbliche Sammeln, Nutzen, Bearbeiten und Verbreiten von Kultur soll ausdrücklich erlaubt sein. Der Zugang zu Wissen und Kultur soll so hürdenfrei wie möglich gestaltet werden. Werke, die in staatlichem Auftrag geschaffen werden, vom Urheberrecht ausgenommen werden. Dies gilt für Forschungsarbeiten an Universitäten und solchen, die durch den Nationalfonds finanziert werden.

Kirche und Staat trennen: Religion ist Privatsache und soll ausschliesslich privat organisiert und bezahlt werden. Alle Glaubensgemeinschaften sind gleich zu behandeln. Die Landeskirchen und die Kirchensteuern sollen abgeschafft werden. Schulunterricht soll wissenschaftlich fundiert und laizistisch sein.

eGovernment: Alle Behörden sollen alle schriftlichen Eingaben auf elektronischem Weg annehmen und ihre Mitteilungen und Entscheide auf Wunsch elektronisch zustellen. Dabei sollen alle Daten von Ende zu Ende verschlüsselt und sicher authentifiziert werden. Für häufige und einfache Fallarten sollen einfache aber sichere Online-Formulare verfügbar sein. Der Staat soll für den Geschäfts- und Behördenverkehr eine freiwillig und günstig elektronische ID mit Signaturfunktion zur Verfügung stellen.

Digitale Wirtschaft: Digitale Währungen sollen als Zahlungsmittel akzeptiert und Verbreitung keine zusätzlichen Hürden in den Weg gestellt werden. Internetdienste, die Privaten Geschäftsmöglichkeiten eröffnen, wie etwa eBay, Airbnb und Uber sollen frei genutzt werden können.

Unsere Positionen in weiteren Politikbereichen:

Staatspolitik: Unser demokratische Rechtsstaat weist viele Defizite auf, die behoben werden müssen: Grosse Bevölkerungsteile sind vom Stimmrecht ausgeschlossen. Der Weg zur Einbürgerung ist unnötig erschwert. Wahlhürden schliessen Parteien aus. Wahlkämpfe werden aus dubiosen Quellen finanziert. Wir setzen uns für mehr partizipative Demokratie und die Einhaltung von demokratischen Prinzipien ein. Wir fordern Transpa-



renz über die Parteifinzen und staatliche Parteienfinanzierung Gesetze sollen wieder vermehrt von Parlamenten statt von Verwaltungen und Lobbyisten erarbeitet werden. Zu diesem Zweck sollen die Parlamentarier mehr wissenschaftliche Mitarbeiter bezahlt erhalten. Gesetze sollen verfassungs- und menschenrechtskonform, zweckmässig, effektiv und verhältnismässig sein und durch Verfassungsgerichtsbarkeit daraufhin überprüft werden können.

Umweltpolitik: Endliche Ressourcen müssen geschont werden, damit unser Planet für kommende Generationen genauso lebenswert bleibt. Die Nachhaltigkeitsprobleme müssen global gelöst werden. Mit neuer Technik, faktenbasierter Politik, richtig gesetzten Anreizen und internationaler Zusammenarbeit kann dies gelingen. Die Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind und Wasser sollen nicht durch Landschafts- und Kulturgüterschutz verhindert werden.

Sozialpolitik: Wir setzen uns für ein würdevolles Leben für alle ein. Im Zentrum stehen die eigene Verantwortung und Unabhängigkeit. Sozialpolitik im Sinn der Piraten unterstützt Menschen dabei, ihr Leben selbst in den Griff zu bekommen. Menschen dürfen im Sinne der Freiheit übliche Gesundheitsrisiken, wie Drogen und Extremsport eingehen und sollen trotzdem im Notfall auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen können. Die Chancengleichheit muss weiter verbessert und die soziale Mobilität erhöht werden. Dies darf auch etwas kosten. Deshalb soll die staatliche Bildung an Schulen und Universitäten ausgebaut werden und für alle kostenlos sein. Die digitale Revolution erfordert einen flexiblen Arbeitsmarkt mit kontrollierbaren Risiken bzw. ausreichenden Sicherheiten für alle Akteure.

Gesellschaftspolitik: Viel zu viele Verbote und Vorschriften schränken die freie Lebensgestaltung ein. Wir wollen die Ehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare öffnen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Gleichstellung der Geschlechter, legale Sterbehilfe, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Legalisierung und kontrollierte Verfügbarkeit von Drogen und verteidigen die bisherigen Errungenschaften gegen konservative Angriffe. Wir möchten die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen verwirklichen.

Aussenpolitik: Wir setzen auf Kooperation statt Isolation. Die Flucht in den Nationalismus ist keine Option. Wir sind für eine aktive Aussenpolitik, die Menschenrechte, Demokratie und Frieden ins Zentrum setzt und sich der Angstpolitik entgegen stellt. Wir streben die Demokratisierung der Europäischen Union und den Beitritt der Schweiz an. Dabei soll insbesondere den Volksrechten in der Schweiz Rechnung getragen werden. Die Vereinten Nationen sollen reformiert und insbesondere die Machtkonzentration einiger Grossmächte im Sicherheitsrat reduziert und dessen Entscheidungen durch ein unabhängiges, internationales Gericht auf Verträglichkeit mit den Menschenrechten geprüft werden können.



Wirtschaftspolitik: Wo immer möglich sind wir für einen freien, dezentralen, widerstandsfähigen Markt innerhalb eines rechtlich vorgegebenen Rahmens. Dem innovativen und verantwortungsvollen Unternehmertum wie auch der Freiwilligenarbeit sollen möglichst wenig Hürden im Wege stehen. Konsumenten sollen vor Täuschung, Gängelung und Markbeherrschung sowie Arbeitnehmende vor Ausnutzung geschützt werden. Sexarbeit soll legal und ohne unnötige Hürden möglich sein. Strukturermassnahmen, Subventionen und Marktabschottung sind teuer und nicht zielführend. Es soll das Verursacherprinzip gelten.

Finanzpolitik: Die staatlichen Institutionen, die Bildung und Infrastruktur dürfen etwas kosten. Gespart werden kann durch Effizienzsteigerungen sowie durch den Abbau von Subventionen, Repression und Leerläufen in der Verwaltung. Die Steuern sollen nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit progressiv erhoben werden, aber einfacher zu verstehen und festzusetzen sein. Das System der ausufernden Abzüge lehnen wir ab. Familien sollen nach Möglichkeit zusammen nach dem Familiensplitting besteuert werden. Tiefe Steuern sollen allen Einwohnern gleichmässig zugute kommen. Steuerprivilegien sind abzuschaffen. Der Nationale Finanzausgleich soll dafür sorgen, dass die Reichtumsunterschied zwischen den Kantonen nicht weiter zunimmt.

Sicherheitspolitik: Pauschale Überwachungsmassnahmen, Rayonverbote, Internet-Pranger usw. werden massiv überstrapaziert. Der Polizei und Justiz müssen wieder klare Grenzen gesetzt werden. Die Repression muss heruntergefahren und stattdessen vermehrt auf Sozialarbeit gesetzt werden. Die Vermischung von Militär, Polizei, Geheimdienst und Justiz bekämpfen wir. Einen Geheimdienst braucht die Schweiz nicht, hingegen muss Spionage endlich ernsthaft verfolgt werden. Die Wehrpflicht und der zivile Ersatzdienst sollen abgeschafft werden, um die freie wirtschaftliche und persönliche Entfaltung der Menschen zu stärken.

Justiz: Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz stärken, indem die Wiederwahl von Richtern und die Zusammensetzung der Gerichte nach Parteizugehörigkeit abgeschafft wird. Gesondertes Militärstrafrecht und -justiz ist abzuschaffen, die Delikte sollen im Rahmen des bürgerlichen und Verwaltungsstrafrechts verfolgt werden. Menschenrechte müssen im Strafprozess und bei Verwaltungsmassnahmen unbedingt beachtet werden. Allgemeinverbindliche Rechtsnormen und Gerichtsurteile müssen öffentlich zugänglich gemacht werden. Gerichte sollen transparenter werden und daher vermehrt mündlich und öffentlich Entscheiden. Die Prozessentschädigung soll unabhängig von der anwaltlichen Vertretung festgesetzt werden, denn auch der eigene Aufwand muss geleistet werden. Gerichtskosten und Prozessentschädigung sollen weniger stark mit dem Streitwert steigen, um das Prozessrisiko wenig vermögender zu senken.

Migrationspolitik: Die Reise- und Niederlassungsfreiheit ist eine wichtige Errungenschaft, die schrittweise weiter ausgebaut werden soll. Die Schweiz soll eine Willkom-



menskultur pflegen und Migranten schnell als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft aufnehmen. Alle Menschen solle ungehindert zuwandern dürfen. Aus Krisengebieten soll der Transport von Flüchtlingen durch die Schweiz organisiert werden. Eine freie Migration stärkt nicht zuletzt auch unsere Wirtschaft, da sich die Bevölkerung viel einfacher der Arbeitsmarktsituation anpassen kann.

Bildungspolitik: Wir stehen für eine starke Volksschule ein. Wir befürworten verschiedene, früh einsetzende Leistungsstufen, spezielle Schulen für Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Betreuungsbedarf, das Langzeitgymnasium sowie klare und faire Noten zur Selektion. Der Lehrplan soll jeweils für die Leistungsstufe angemessen und pro Sprachregion möglichst einheitlich und mit einheitlichen Prüfungen verbunden sein. Die Schule soll laizistisch sein und Ethik anstelle von Religion unterrichten. Lernmaterialien sollen frei lizenziert und zugänglich sein. Wir befürworten stärkere Investitionen in die Frühförderung. Für uns ist die Bildung die geeignetste Massnahme, um soziale Hürden zu überwinden, d.h. um vertikale soziale Mobilität zu ermöglichen. Auch für das Gelingen der Inklusion aller Menschen ist auf der Ebene der Bildung möglichst früh anzusetzen.

Raumplanung: Die Siedlungsfläche in der Schweiz soll nicht weiter zunehmen. Wo mehr Wohnraum gebraucht wird, soll verdichtet gebaut werden. Landschafts- und Denkmalschutz und andere Bauvorschriften sowie nachbarrechtliche Ansprüche sollen reduziert werden, um dichteres Bauen zu ermöglichen. In Ballungsgebieten sollen Hochhäuser generell zulässig sein und der Mindestabstand zwischen Gebäuden wegfallen. Günstiger Wohnraum und soziale Durchmischung sollen staatlich gefördert werden

Verkehrspolitik: Der öffentliche Verkehr sowie die Rad- und Wanderwege sollen ausgebaut werden, um den motorisierten Individualverkehr längerfristig überflüssig zu machen. Der Transitverkehr durch die Schweiz soll in Zukunft ausschliesslich auf der Schiene erfolgen. Den Ausbau des Strassennetzes lehnen wir ab.

Unser Antrieb:

Wir befinden uns in der Zeit der digitalen Revolution. Das Informationszeitalter ist angebrochen. Aus Sicht der Piratenpartei genügt es nicht, althergebrachte Rezepte auf die neuen Begebenheiten zu übertragen, wie dies die anderen Parteien tun. Die Digitalisierung und Vernetzung verändert alle Aspekte der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Wir sind gefordert, die Dinge von Grund auf neu zu denken, damit die Chancen, die sich bieten, genutzt werden können. Die Piraten kommen «aus dem Internet» und wollen die Erkenntnisse, die sich ihnen aus der digitalen Welt ergeben, in alle Politikbereiche einbringen.

